

Rahmenprogrammmentwurf dieBasis

Inhalt

Hinweis zu diesem Programmmentwurf	2
Präambel	3
Leitbild	4
1 Rahmenprogramm	5
1.1 Grundlagen	5
1.2 Unser Leitbild ist der Mensch	5
1.3 Selbstverständnis	6
1.4 Ziele	6
1.5 Chancen und Risiken der Krise	7
2 Basisdemokratie	8
2.1 Repräsentationskrise	8
2.2 Ziel: die selbstbestimmte Zivilgesellschaft	8
2.2.1 Volksentscheide und Mitbestimmung	8
2.2.2 Freie und unabhängige Medien	9
2.2.3 Transparenz statt Lobbyismus	9
2.3 Gewaltenteilung	10
2.3.1 Wahlverfahren	10
2.3.2 Parlament: Sachorientierung statt Blockdenken	10
2.3.3 Regierung: Konsens statt Konkurrenz	10
2.3.4 Unabhängige Gerichte	11
2.3.5 Staatliche Institutionen: Diener des Volkes	11
2.4 Machtbegrenzung und Demokratiesicherung	11
2.4.1 Innere Sicherheit	11
2.4.2 Rückbau der Überwachung	11
2.4.3 Künstliche Intelligenz	12
2.4.4 Handelsabkommen ohne Demokratieverlust	12
2.4.5 Beibehaltung des Bargeldes	12
2.4.6 Vollgeld statt Schuldgeld	12
2.4.7 Stärkung föderaler Strukturen	12
2.4.8 Militär	13
2.4.9 Deutschland in Europa	13
3 Prinzipien	14
3.1 Freiheit	14
3.1.1 Persönliche Freiheit	14
3.1.2 Institutionelle Freiheit	14
3.1.3 Ideologiefreiheit	14
3.2 Gleichheit	14
3.2.1 Chancengleichheit	14
3.2.2 Politische Gleichberechtigung	15
3.2.3 Gleichheit vor dem Recht	15
3.2.4 Recht auf Ressourcenverbrauch	15
3.3 Solidarität	15
3.3.1 Individuelle Solidarität	15
3.3.2 Solidarität in der Wirtschaft	15
3.3.3 Staatliches und kommunales Wirtschaften	16
3.4 Umwelt und Nachhaltigkeit	16
3.5 Globale Politik	17

Hinweis zu diesem Programmentwurf

Dieser Programmentwurf ist entstanden aus verschiedenen Diskussionen und Arbeitsgruppen (z.B. AG Basisdemokratie, Programmgruppen zur Landtagswahl in BW und zur Bundestagswahl etc.) in der Partei dieBasis seit Oktober 2020, aus den Konsensierungsergebnissen zur Bundestagswahl 2021 bis hin zu Vorschlägen der dieBasis Denkfabrik. Aus diesen habe ich versucht, konstruktive Beiträge und Formulierungen in eine Präzisierung des Rahmenprogramms zu integrieren. Weitere Elemente sind aus den dieBasis Grundlagen (Prinzipien des Rahmenprogramms, die vier Säulen Freiheit, Machtbegrenzung, Achtsamkeit und Schwarmintelligenz) hergeleitet.

dieBasis ist eine Partei der Vielfalt, und nur eine Partei der ideologiefreien Vielfalt, in der die Mitglieder voneinander lernen, kann eine Gesellschaftsordnung entwickeln, in denen alle Menschen gleichberechtigt und frei leben können.

Adressaten des Parteiprogramms sind sowohl (potentielle) Wähler als auch Interessenten für eine Parteimitgliedschaft. Sein Aufbau und seine Formulierungen müssen deshalb so gestaltet sein, dass sie die Adressaten „abholen“, dass die Sprache für sie leicht verständlich ist und dass sie sich gut darin zurechtfinden.

Dies erfordert beispielsweise, dass in der Präambel die wichtigsten Grundlagen zusammengefasst sind, die dann im Weiteren detaillierter beschrieben werden.

Ergänzt werden muss dieser Programmentwurf dann noch durch detailliertere Programme zu einzelnen Politikfeldern wie beispielsweise Gesundheit, Bildung, Wirtschaft, Landwirtschaft etc. Diese Details können im Rahmen eines globalen Programmwurfes oder einer Parteiverfassung nicht berücksichtigt werden.

Entwurf

Präambel

dieBasis ist davon überzeugt, dass eine zukunftsfähige Gesellschaftsstruktur nur dann sozial, friedlich und nachhaltig gestaltet werden kann, wenn im Umgang der Menschen mit anderen Menschen

- Freiheit und Selbstbestimmung jedes Menschen berücksichtigt werden,
- das Prinzip der Machtbegrenzung Anwendung findet,
- eine respektvolle Achtung im Zuhören und Dialog unter der Zivilgesellschaft praktiziert wird und
- die direkte politische Mitsprache jedes Bürgers gesichert ist.

dieBasis will einen gesellschaftlichen Wandel fördern, parlamentarisch begleiten und politisch wirksam werden lassen, der zu einer Gesellschaft führt, die die Würde des Menschen und der Natur als obersten Wert anerkennt und sich organisiert nach den Prinzipien

- der Freiheit zur Selbstbestimmung und Potentialentfaltung jedes Menschen, und der institutionellen Freiheit aller Einrichtungen der Bildung, der Wissenschaft, der Kunst, der Kultur, der Religion und des Sports,
- der Chancengleichheit, der Gleichheit in der politischen Mitbestimmung und der Gleichheit vor dem Recht,
- der individuellen Solidarität und der Solidarität in wirtschaftlichen Beziehungen und
- des Schutzes und der Bewahrung der Natur.

Entscheidungsfindung in der dieBasis findet in einem ideologiefreien Diskurs und in einer Konsensbildung auf Grundlage dieser Werte und Ziele statt.

dieBasis fördert weder die persönliche Macht ihrer Mitglieder noch deren Karriere, sondern gibt ihnen Freiraum für Eigeninitiative, Selbstverantwortung, gemeinschaftliche Entscheidungsfindung und gemeinsame Willensbildung.

dieBasis hat eine föderale Struktur und verlagert Entscheidungsprozesse auf eine möglichst basisnahe Ebene.

dieBasis lädt alle Menschen, die in diesem Sinne eines „guten Willens“ sind und sich mit dem Leitbild der Partei identifizieren, zur Mitarbeit ein.

Leitbild

- Unsere höchsten Werte sind die Würde des Menschen und der Natur.
- Wir streben nach einer basisdemokratisch organisierten, freien, sozialen und selbstverantwortlichen Zivilgesellschaft.
- Wir suchen ideologiefrei nach der Wahrheit als Grundlage jeder Entscheidung.
- Wir handeln aus Freiheit und Selbstverantwortung.
- Wir begrenzen persönliche Machtausübung.
- Wir arbeiten achtsam und friedlich, klar und konsequent.
- Wir setzen auf das Wissen einer informierten Zivilgesellschaft.
- Wir sind ein Teil einer globalen Menschheitsfamilie mit unterschiedlichen Kulturen, Traditionen und Gesellschaftsformen, die wir als gleichwertig respektieren.
- Wir setzen uns ein für
 - Freiheit zur Potentialentfaltung und Selbstbestimmung in allen nicht-materiellen Bereichen,
 - Gleichheit vor dem Recht, Chancengleichheit und politische Mitbestimmung für alle Menschen,
 - Solidarität in wirtschaftlichen Beziehungen als Grundlage eines würdevollen Lebens,
 - Nachhaltigkeit im Umgang mit der Natur.

ENTWURF

1 Rahmenprogramm

1.1 Grundlagen

Unser gesellschaftliches, politisches und wirtschaftliches System dient nicht mehr den Menschen, sondern wirtschaftlichen Interessen großer Konzerne. Ideologische Phrasen verdrängen wissenschaftliche Diskussionen, der Rechtsstaat wird ausgehöhlt, Gewinnmaximierung ersetzt den gesellschaftlichen Nutzen, die Natur wird zerstört.

Dabei gibt es in der Zivilgesellschaft vielfältige Ideen und Initiativen für gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Erneuerungen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Immer mehr Menschen wollen eine neue, den Menschen und der Natur dienende Gesellschaftsordnung, die weder sozialistisch, kapitalistisch, nationalistisch noch globalistisch ist. Diese Menschen finden bei dieBasis eine neue politische Heimat, dieBasis steht dafür, dass diese Ideen und Initiativen achtsam und sorgfältig evaluiert, erprobt, abgestimmt und verwirklicht werden können.

dieBasis ist eine Zukunftspartei, deren Arbeitsweise von den vier Säulen der Freiheit, der Machtbegrenzung, der Achtsamkeit und der Schwarmintelligenz bestimmt ist und die eine freie, soziale und selbstbestimmte Zivilgesellschaft entwickeln will. Durch diese Werteordnung wird vermieden, dass Zwänge als Vorwand für politisches Handeln dienen müssen, dass Konzentrationen von Macht und Entscheidungsgewalt demokratische Strukturen ad absurdum führen, dass politische Ideologien rücksichtslos die Rechte der Menschen verletzen und dass direktdemokratische Prinzipien zugunsten Weniger missachtet werden. Dies sind die vier Grundübel, die entscheidend zu den Missständen in der jetzigen politischen Landschaft beitragen.

Inhaltlich baut dieBasis auf den universellen Menschen- und Freiheitsrechten der Französischen Revolution auf, die vom Grundgesetz aufgegriffen und vom der Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen garantiert werden. dieBasis ordnet deren Ideale den einzelnen Lebensbereichen zu und setzt sich ein für individuelle und kulturelle Freiheit und Selbstbestimmung, politische und juristische Gleichheit und wirtschaftliche Brüderlichkeit bzw. Solidarität, ergänzt durch das Prinzip der Nachhaltigkeit im Umgang mit der Natur und den materiellen Ressourcen.

1.2 Unser Leitbild ist der Mensch.

Jeder Mensch braucht Freiheit zur Selbstbestimmung und zur Entfaltung seines Potentials. Entwicklung kann nur durch freie Menschen gestaltet werden. Freiheit in Bildung und Wissenschaft, in Medien, Kunst und Kultur, in Gesundheit und Sport sind dafür die unentbehrliche Grundlage. Wenn Menschen ihre Freiheit richtig nutzen, handeln sie in Selbstverantwortung gegenüber anderen und der Natur.

Jeder Mensch braucht Gleichheit vor dem Recht, in den Chancen zur Entwicklung seines Potentials und in der politischen Mitbestimmung. Gleichheit vor dem Recht gibt Sicherheit für angstfreies Handeln. Gleiche Chancen zur Potentialentwicklung sind die Grundlage einer gerechten Gesellschaft. Gleiche Rechte in der politischen Mitbestimmung sind die Voraussetzung für demokratische Teilhabe.

Jeder Mensch braucht Solidarität in seinen wirtschaftlichen Beziehungen. Eine auf den Prinzipien von Kooperation, gegenseitigem Vertrauen und ökologischer Nachhaltigkeit aufgebaute wirtschaftliche Sicherheit in einer Solidargemeinschaft ist die Voraussetzung für freies, selbstbestimmtes Leben und Potentialentfaltung. Wirtschaft muss sich am Nutzen für den Menschen, für die Gesellschaft und für die Umwelt orientieren.

Jeder Mensch braucht eine intakte Umwelt. Saubere Luft, reines Wasser und fruchtbare Böden sind die Lebensgrundlage der Menschen, der Tiere und der Pflanzen. Eine verantwortungsvolle und

enkelgerechte Gesellschaft kann sich nur in intakten Ökosystemen entwickeln, in denen auch das Recht der Tiere auf ein artgerechtes Leben gesichert ist.

dieBasis setzt auf den freien und verantwortlich handelnden Menschen und baut dabei auf die Erkenntnis, dass sich Menschen umso bewusster und verantwortlicher im Sinne des Gemeinwohls verhalten, je mehr Freiheiten sie dazu haben.

1.3 Selbstverständnis

dieBasis ist eine Partei der Freiheit, der Selbstbestimmung, der Achtsamkeit, der individuellen Verantwortung, des offenen Diskurses, der Basisdemokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der unveräußerlichen Menschenrechte, der sozialen Gerechtigkeit, der wirtschaftlichen Solidarität und der Nachhaltigkeit.

dieBasis fühlt sich keiner politischen Seite zugehörig, sondern orientiert sich ideologiefrei am Wohle der Menschen und der Natur.

dieBasis begreift sich als Teil der **Menschheitsfamilie**, in der alle Menschen ohne Ansehen des Standes, der Herkunft, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und des religiösen Bekenntnisses gleichberechtigt sind.

dieBasis gründet sich im Rahmen des Grundgesetzes und der freiheitlich-demokratische Ordnung.

dieBasis grenzt sich von extremistischen, gewaltverherrlichenden und totalitären Bestrebungen ab.

dieBasis definiert sich als **Friedenspartei**. Achtsames Handeln und Gewalt schließen sich aus. Waffen und Kriege haben in den letzten Jahrzehnten nie zu mehr Freiheit, Wohlstand und kultureller Selbstbestimmung geführt.

dieBasis versteht sich als aktiver Vermittler eines kontinuierlichen Dialogs auf Augenhöhe zwischen Zivilgesellschaft und politischen Repräsentanten.

dieBasis arbeitet in gemeinschaftlichen Prozessen auf der Grundlage der vier Säulen Freiheit, Machtbegrenzung, Achtsamkeit und Schwarmintelligenz, und fasst Beschlüsse durch Konsensverfahren.

dieBasis ist keine Karriereleiter für ehrgeizige Politiker, sondern will für politische Ämter bevorzugt fachlich und sozial kompetente Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft als Kandidaten aufstellen.

dieBasis erkennt das Recht und die Freiheit jedes Volkes und jeder Kultur an, seine Angelegenheiten in dem eigenen kulturellen Kontext selbst zu regeln und Lösungen zu entwickeln, die diesem kulturellen Kontext angemessen sind.

dieBasis lebt in dem Bewusstsein, dass durch global vernetzte persönliche, kulturelle, rechtliche und wirtschaftliche Beziehungen zwischen Menschen, Staaten und Kulturen die Prinzipien der Kooperation und des gegenseitigen Respekts unerlässlich sind, die durch wertungsfreie Anerkennung kultureller Unterschiede zu Lösungen führen, die von allen Seiten aus Überzeugung mitgetragen werden können.

1.4 Ziele

dieBasis hat das Ziel, Rahmenbedingungen zur Entwicklung einer demokratischen, freien, achtsamen, sozialen, gerechten, solidarischen, krisenfesten und nachhaltigen Gesellschaft zu schaffen, in der alle Menschen am nationalen Wohlstand teilhaben und gleiche Chance zur Entwicklung ihres Potentials erhalten. Die Grundsätze dieser Entwicklung finden sich im Kapitel „Prinzipien“.

dieBasis entwickelt ihre Politikvorschläge auf Grundlage ihrer Prinzipien und Grundwerte in basisdemokratischem Diskurs. Sie greift mit ihren Grundwerten vereinbare Ideen und Initiativen aus der Zivilgesellschaft auf, berät sie in öffentlicher Diskussion, stellt sie zur direkt-demokratischen Abstimmung und verdichtet sie zu Wahlprogrammen und Gesetzesvorschlägen.

dieBasis will das Grundgesetz von nachträglich hinzugefügten Einschränkungen der Grundrechte befreien und sich für seine Weiterentwicklung im Sinne ihrer Prinzipien einsetzen.

dieBasis strebt, inspiriert von Willy Brandts Gedanken „Mehr Demokratie wagen“, eine **direktdemokratische Entscheidungskompetenz** aller Bürger an, der eine ausgewogene und zensurfreie Diskussion vorangehen muss.

dieBasis will den Einfluss des Staates auf die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur und ihrer Sicherung begrenzen. Er soll weitere Aufgaben nur dann übernehmen, wenn sie nicht durch zivilgesellschaftliche Organisationen erledigt werden können.

Auf europäischer Ebene will dieBasis den in den Idealen der französischen Revolution und der Aufklärung begründeten **europäischen Kulturimpuls** stärken. dieBasis strebt ein solidarisches und freies Europa mit vielfältigen und selbstbestimmten Kulturen an.

In einer globalen Kooperation der Kulturen und Gesellschaften wird sich dieBasis für eine friedliche und gerechte Verteilung der natürlichen Ressourcen und globale Anstrengungen zum Erhalt bzw. zur Wiederherstellung der Gesundheit der Menschen, der Natur und der Umwelt einsetzen.

1.5 Chancen und Risiken der Krise

Zeiten des Umbruchs und der Krise bergen nicht nur Risiken, sondern auch Chancen.

Dass Angst vor einer Infektion die globale Wirtschaft zusammenbrechen lässt, ist bis jetzt einmalig in der Geschichte der Menschheit. Dieser Vorgang stellt eine Unterbrechung der linearen Weltentwicklung dar, wie sie bis jetzt nur durch Weltkriege oder globale Umweltkatastrophen ausgelöst wurden.

dieBasis und ihre Unterstützer haben die Fehlentwicklungen der sog. „Pandemie“ frühzeitig erkannt und sich dafür eingesetzt, eine Impfpflicht zu verhindern und das Recht auf freie Meinungsäußerung, Demonstrationen und Kundgebungen zu verteidigen.

dieBasis fordert, dass schnellstmöglich eine **Untersuchung und Aufarbeitung** der Hinter- und Beweggründe dieser ersten globalen „Pandemie“ durch unabhängige Juristen, Medizinern, Wirtschafts- und Politikwissenschaftler und Historiker in internationaler Zusammenarbeit, unter breiter und transparenter Beteiligung der Bevölkerung, auf solider wissenschaftlicher Grundlage und vor allem ohne Rücksicht auf finanzielle und wirtschaftliche Interessen durchgeführt wird. In einer konstruktiven Aufarbeitung müssen Strukturen aufgedeckt und durchleuchtet, Verantwortliche benannt und Schadenersatzansprüche definiert und durchgesetzt werden.

Ungeachtet dessen fordert dieBasis

- die sofortige Rücknahme sämtlicher Verordnungen und Gesetzesänderungen, die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie beschlossen wurden,
- eine unbürokratische und umfassende Entschädigung aller Menschen und Unternehmen, die durch die Maßnahmen wirtschaftlichen Schaden erlitten haben,
- ein explizites Verbot einer direkt oder indirekt wirkenden Impfpflicht.

dieBasis will sich aber vor allem auf die Zukunft konzentrieren und die Chancen der Unterbrechung der linearen Entwicklung für die notwendige Neugestaltung der Gesellschaft nutzen.

2 Basisdemokratie

2.1 Repräsentationskrise

Nur eine Minderheit der Bürger fühlt sich von der Politik repräsentiert, schon 2016 vertrauten nur 14% der deutschen Bevölkerung Politikern¹. 2022 trauten 61% der Befragten keiner Partei die Fähigkeit zu, die Probleme Deutschlands zu lösen², die NZZ konstatierte eine „Drittelgesellschaft“, in der nur noch ein Drittel der Bevölkerung die parlamentarische Demokratie unterstützt.³

Der Bevölkerung werden kritische Stimmen bei soziologischen Erkenntnissen bewusst vorenthalten. Beispielsweise wurde 2016 die Kernaussage „wer mehr Geld hat, findet mehr Gehör in der Politik“ aus einer Regierungsstudie gestrichen, ganze Forschungsbereiche wie das Kapitel „Einfluss von Interessenvertretungen und Lobbyarbeit“ sogar vollständig getilgt und die darin oft angesprochene Repräsentationskrise nicht erwähnt.⁴

Die verstörenden Alleingänge des Regierungsapparates unter dem Vorwand des Gesundheitsschutzes haben die Bedenken gegenüber der sog. „repräsentativen Demokratie“ in der bundesdeutschen Ausprägung bestätigt. **Für eine Partei, die konsequent für eine direktdemokratische Mitwirkung auf Grundlage eines ideologiefreien, sozialen und humanistischen Programms eintritt, waren die Rahmenbedingungen noch nie so gut wie in 2023.**

dieBasis strebt eine Demokratieform an, die die Bevölkerung einbezieht und den Wünschen der Mehrheit nach Volksentscheiden entspricht.

2.2 Ziel: die selbstbestimmte Zivilgesellschaft

Basisdemokratie ist das Recht eines jeden Bürgers, über die Regeln des Zusammenlebens jederzeit selbstverantwortlich, zensurfrei informiert und auf allen politischen Ebenen mit zu entscheiden. dieBasis entwickelt diese Teilhabemöglichkeit auf allen politischen Ebenen.

Jegliche Kommunikation, Information und soziale Interaktion soll den vier Säulen Freiheit, Machtbegrenzung, Achtsamkeit und Schwarmintelligenz Rechnung tragen.

Entscheidungen müssen immer die unveräußerlichen Menschenrechte respektieren.

Demokratische Mitwirkung ist die Grundlage einer freien, offenen und selbstbestimmten Zivilgesellschaft.

dieBasis hat das Ziel einer **selbstbestimmten Gesellschaft** mündiger Bürger durch direkte Mitbestimmung.

dieBasis will den Einfluss von Parteien, Repräsentanten und Mittelsmännern reduzieren um den politischen Willen der Bevölkerung möglichst unmittelbar umzusetzen.

2.2.1 Volksentscheide und Mitbestimmung

dieBasis erachtet es als zwingend erforderlich für eine echte Demokratie, dass die Gesamtheit der Bürger die oberste Instanz der Entscheidungsfindung ist. Ihre Mehrheit muss jederzeit die Initiative für politische Veränderungen ergreifen und die gewählten Repräsentanten überstimmen können. Bürgerbegehren und Volksentscheide sind entscheidende Elemente, um dem Niedergang der

¹ Umfrage „der Spiegel“ 2016

² Forsa Umfrage im Auftrag von RTL und NTV September 2022

³ „Politik muss mehr sein als Verantwortung“, NZZ vom 23.9.2022

⁴ „Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015“. Lea Elsässer, Svenja Hansen, Armin Schäfer. Forschungsbericht der Universität Osnabrück im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales als Bestandteil des Armuts- und Reichtumsberichtes, 2016

Demokratie zu begegnen und die notwendige Neuorientierung zu einer wirklich demokratischen Mitwirkungsgesellschaft erfolgreich umzusetzen.

die **Basis** fordert daher **Bürgerbegehren und Volksentscheide** auf allen politischen Ebenen, die unmittelbar Gesetzeskraft erlangen sollen. Für grundrechtseinschränkende Gesetze und Gesetzesänderungen sollen Volksentscheide verpflichtend sein. Die Rechte der individuellen Freiheit und der Selbstbestimmung sind auch für Volksentscheide unantastbar, sie bilden die Grenze kollektiver Entscheidungsgewalt.

Die Hürden für die **Einreichung** von Bürgerbegehren und Volksentscheiden sollen mit realistisch zu erreichenden Eingangsschwellen versehen werden, eine ausgewogene Finanzierung und Medienpräsenz muss gewährleistet sein.

Volksentscheide über eine vorzeitige Neuwahl können maximal einmal in einer Legislaturperiode durchgeführt werden.

die **Basis** will zuverlässige Verfahren und Systeme schaffen, um interessierte Bürger unmittelbar und kontinuierlich an politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung auf allen politischen Ebenen zu beteiligen.

2.2.2 Freie und unabhängige Medien

Eine freie, unabhängige, vertrauenswürdige und vielfältigen Informations- und Medienlandschaft ist die Grundlage freier und fundierter Entscheidungen. Auch wenn deutsche Medien 2023 nur eine leichte Abnahme des Vertrauens in die öffentlich-rechtlichen Medien konstatierten,⁵ zeichnen internationale Studien ein anderes Bild, nach dem nur noch 47% der Deutschen den Medien trauen und 67% besorgt sind, dass Falschinformationen als Waffe benutzt werden könnten.⁶

die **Basis** steht ein für eine **zensurfreie Informationsgesellschaft** und will den wachsenden Einfluss privater, aber staatlich geförderter „Faktenchecker“ zurückdrängen.⁷ Stattdessen will die **Basis** den offenen und zensurfreien Dialog auf der Grundlage eines objektiven, lobbyfreien Wissenschaftsdiskurses und unter Einbeziehung aller Meinungen statt vermeintlicher Alternativlosigkeit.

Um dieses Ziel zu erreichen, strebt die **Basis** eine Vielfalt aus unabhängigen freien und öffentlich-rechtlichen Medien an und schlägt vor, dass jeder steuerzahlende Bürger über deren Finanzierung aus Steuergeldern jährlich bei Abgabe seiner Steuererklärung mitentscheiden kann. Medienanbieter erhalten eine Finanzierung aus Steuergeldern, wenn sie von Steuerzahlern als Empfänger eines pro Person festgelegten Geldbetrages ausgewählt werden und ihre Inhalte barrierefrei im Netz veröffentlichen.

Öffentlich-rechtliche Medien erhalten einen Grundbetrag für journalistische Berichterstattung und Recherche. Ihre Mitarbeiter wählen jährlich ihr Führungspersonal. Eine politische Einflussnahme wird ausgeschlossen.

2.2.3 Transparenz statt Lobbyismus

Über 6.000 Lobbyisten bzw. von meist von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden bezahlte Politikberater arbeiten in Berlin, über 25.000 in Brüssel,⁸ und vertreten die Interessen ihrer Auftraggeber.

die **Basis** begrüßt die Einführung eines **Lobbyregisters** 2022, fordert aber seine Präzisierung und Erweiterung beispielsweise durch die verpflichtende Veröffentlichung von Lobbytreffen von

⁵ von 78% 2019/2020 auf 70% Januar 2023, infratest dimap im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung

⁶ Edelman Trust Barometer Deutschland 2022, Stand Dezember 2022

⁷ Z.B. „Correktiv“ und die in den sozialen Medien zensurierenden Institutionen

⁸ Schätzung von „Lobbycontrol“

Regierungs- und Parlamentsmitgliedern und seine Anwendung auch auf Vertreter von Kirchen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände.

Bei der Erarbeitung von Gesetzesentwürfen muss jede direkte und indirekte konkrete Mitarbeit von Lobbyisten sowie die Beauftragung privater Beratungsunternehmen untersagt werden.

Auch Abgeordnete müssen bei Interessenkonflikten von der Mitarbeit und Abstimmung an Gesetzesvorlagen ausgeschlossen werden.

Statt gläserner Bürger fordert die **Basis** gläserne Parlaments- und Regierungsmitglieder.

Drehtür-Karrieren durch Wechseln zwischen Regierung und Unternehmen müssen durch lange Karenzzeiten erschwert, bezahlte politische Nebentätigkeiten für Parlaments- und Regierungsmitglieder ausgeschlossen werden.

2.3 Gewaltenteilung

Eine wirksame Gewaltenteilung zwischen gesetzgebendem und überwachendem Parlament, ausführender Regierung und unabhängiger Rechtsprechung (Legislative, Exekutive und Judikative) würde Machtmissbrauch in der Regierung verhindern. Sie muss deshalb ein Grundpfeiler jeder echten Demokratie sein.

Heute ist Gewaltenteilung in vielen Bereichen nicht gewährleistet. Die Mehrheitsparteien stellen Exekutive und Legislative und haben großen Einfluss auf die Judikative, da die obersten Bundesrichter von ihnen ernannt werden und Staatsanwälte gegenüber der Exekutive weisungsgebunden sind.

die **Basis** steht für Gewaltenteilung und Machtbegrenzung und will eine klare Trennung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative herstellen.

2.3.1 Wahlverfahren

die **Basis** fordert eine **Aufhebung der 5%-Hürde** und eine **Begrenzung des Bundestages** auf ca. 500 Sitze bei Beibehaltung der Ausgleichsmandate. Die Begrenzung der Zahl der Sitze soll durch eine entsprechende Größe der Wahlbezirke erreicht werden.

2.3.2 Parlament: Sachorientierung statt Blockdenken

Die Aufgabe des Parlaments ist klar umrissen: Die Abgeordneten sollen als Vertreter der Bevölkerung die Regierung kontrollieren und im Sinne der Bevölkerung Gesetze beschließen. Dieser Aufgabe kommen sie immer weniger nach.

die **Basis** fordert ein Parlament, das sich **ohne Fraktions- und Blockdenken** seiner Aufgabe als Kontrollorgan der Regierung widmet, ohne Koalitionszwänge und Fundamentalopposition Vorlagen und Anträge sachgerecht und mit wechselnden Mehrheiten diskutiert und verabschiedet und im Konsensverfahren und unter Einbeziehung von Volksabstimmungen Gesetze beschließt.

Abgeordnete sind nicht ihrer Partei, sondern ihren Wählern verpflichtet. Sie müssen ihnen gegenüber regelmäßig Rechenschaft ablegen.

2.3.3 Regierung: Konsens statt Konkurrenz

Deutschland und die meisten westlichen Staaten werden nach dem Prinzip der Konkurrenzdemokratie geführt. Die Regierung wird von einer oft fragwürdig entstandenen Parlamentsmehrheit gewählt, die durch die ständig zurückgehende Wahlbeteiligung oft nur einen kleinen Teil der Bevölkerung repräsentiert.

die **Basis** will diese Konkurrenzdemokratie in einem ersten Schritt in eine **Konkordanzdemokratie** nach schweizerischem Vorbild umwandeln, um sie dann weiter zu einer umfassenden Konsens- und Basisdemokratie zu entwickeln. Alle im Parlament vertretenen Parteien werden in die

Regierungsverantwortung genommen, Minister und Staatssekretäre sollen nach fachlicher Eignung proportional zum Wahlergebnis von den gewählten Parteien vorgeschlagen und vom Gesamtparlament bestätigt werden.

Konsequent basisdemokratisch wäre eine Direktwahl des Bundeskanzlers durch die Bevölkerung, durch die aber eine Machtposition einer einzelnen Person entstehen würde. dieBasis schlägt deshalb vor, dass nach schweizerischem Vorbild in einer Legislaturperiode Regierungsvertreter der vier größten Parteien jeweils für ein Jahr den Regierungschef stellen.

2.3.4 Unabhängige Gerichte

Die Besetzung der obersten Gerichte wird von den Regierungsparteien gesteuert, so dass die Unabhängigkeit der Rechtsprechung nicht mehr gesichert ist. Die Staatsanwaltschaften werden von der Regierung bestellt und sind so ebenfalls nicht unabhängig.

Um die **Unabhängigkeit der obersten Gerichte und Staatsanwaltschaften** von politischen Einflüssen zu sichern, sollen oberste Bundes- und Landesrichter sowie oberste Staatsanwälte nach fachlicher Eignung von der Richterschaft vorgeschlagen und von den Bürgern gewählt werden. Sie müssen politisch neutral sein und dürfen kein politisches Amt bekleiden oder bekleidet haben.

Staatsanwaltschaften müssen dem Einfluss der Regierung entzogen, vom Parlament kontrolliert und ausreichend finanziert werden, um ihren Aufgaben objektiv und unbeeinflusst nachgehen zu können. Richter sind unabhängig und allein dem geltenden Recht verantwortlich. Sie dürfen aufgrund ihrer juristischen Haltung nicht von der Staatsmacht verfolgt oder von ihr beeinflusst werden.

2.3.5 Staatliche Institutionen: Diener des Volkes

Staatliche Institutionen wie Polizei, Arbeitsamt und die verschiedenen Bundes- und Landesämter und -behörden sind einerseits Teil der Regierung, andererseits haben sie eine klar umrissene Aufgabe, deren Erfüllung auf Grundlage geltender Gesetze unabhängig und objektiv erfolgen muss.

dieBasis fordert eine **umfassende parlamentarische Kontrolle** staatlicher Institutionen, verbunden mit einem hohen Maß an Selbstverwaltung und Unabhängigkeit von der Regierung.

Leitungsfunktionen müssen nach fachlichen Kriterien besetzt werden, bei wichtigen oder umstrittenen Positionen auch durch Direktwahl durch die Bevölkerung.

2.4 Machtbegrenzung und Demokratiesicherung

2.4.1 Innere Sicherheit

In einigen Regionen Deutschlands gibt es schon „No-Go-Areas“, in der selbst die Polizei machtlos ist. Diese Gebiete müssen wieder unter den Geltungsbereich des Rechtssystems gestellt, ihre Ausbreitung muss verhindert werden.

dieBasis fordert eine schnelle und rehabilitationsorientierte Verfolgung aller Straftaten. Durch eine konsequente Handhabung des Gast- und Aufenthaltsrechtes müssen Verstöße gegen die verfassungsgemäße Ordnung oder Straftaten zum Verlust dieser Rechte führen.

2.4.2 Rückbau der Überwachung

Neue Überwachungstechnologien ermöglichen eine engmaschige Kontrolle aller Menschen, die globale Datensammelstellen noch mächtiger und Bürger gläsern macht.

dieBasis lehnt jede Art der Überwachung ab, die einer totalitären globalen Überwachungsgesellschaft Vorschub leistet. dieBasis fordert ein Ende der staatlichen und kommerziellen Datensammelwut und die Einhaltung der absoluten Datensparsamkeit. Das Zusammenführen und Sammeln von Daten aus unterschiedlichen Datenquellen, insbesondere Gesundheits- und Finanzdaten, soll ebenso ausgeschlossen werden.

Der Einsatz von Überwachungstechnologien, insbesondere von Gesichtserkennung, im öffentlichen Raum darf nur begründet und durch richterlichen Beschluss bestätigt zeitbegrenzt erfolgen.

2.4.3 Künstliche Intelligenz

Mit Hilfe künstlicher Intelligenz (KI) können Konzerne, Staaten und andere Organisationen Menschen und Systeme in ihrem Sinne beeinflussen.

dieBasis fordert eine breit angelegte regierungsunabhängige **Ethikkommission**, die für die öffentliche Diskussion und die Legislative Vorschläge zu einer sinnvollen, ethischen und dem Fortschritt dienenden Regulierung erarbeitet, die durch einen Volksentscheid bestätigt werden sollen.

2.4.4 Handelsabkommen ohne Demokratieverlust

Von nicht demokratisch legitimierten Vertretern intransparent abgeschlossene internationale Handelsabkommen schränken die Handlungsfähigkeit des Staates zugunsten meist globaler Konzerne ein, bauen eine demokratiefeindliche Paralleljustiz auf und führen so demokratische Entscheidungen ad absurdum.

Deshalb stellt sich dieBasis gegen Handelsverträge, die die staatliche Souveränität unterlaufen und demokratische Entscheidungsspielräume einschränken, wie z.B. TTIP, CETA, JEFTA etc.

2.4.5 Beibehaltung des Bargeldes

Bargeldlose Zahlungen machen jeden Nutzer transparent und abhängig von Zahlungsdienstleistern und Banken. Ohne Bargeld kann jeder Bürger auf Knopfdruck von allen Zahlungsflüssen abgeschnitten werden.

Das geplante Zentralbankkonto für jeden Europäer würde diese Möglichkeit zentralisieren und vereinfachen.

dieBasis setzt sich für die **garantierte Beibehaltung des Bargeldes** und für ein Verbot jeglicher Diskriminierung von Bargeldzahlungen ein.

2.4.6 Vollgeld statt Schuldgeld

"Würden die Menschen das Geldsystem verstehen, hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh" sagte Henry Ford schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die meisten Menschen haben das heutige System der Geldschöpfung immer noch nicht verstanden. Geschäfts- und Privatkundenbanken schaffen Geld aus dem Nichts, indem sie mit weniger als 10% Eigenkapital oft ungenügende Sicherheiten freihändig beleihen mit sog. Fiat- oder Schuldgeld. So wächst die Geldmenge unkontrolliert in bisher unerreichtem Umfang.

dieBasis fordert eine Machtbegrenzung der Geschäfts- und Privatkundenbanken und eine demokratische und parlamentarische Kontrolle der Bundesbank und der EZB. Die Hoheit der Geldschöpfung soll ausschließlich bei einer demokratisch und parlamentarisch kontrollierten Bundesbank bzw. EZB liegen, die Geschäfts- und Privatkundenbanken sollen sich auf ihre Kernkompetenz der Beratung und Vermittlung konzentrieren und benötigte Geldmengen direkt von der, dann demokratisch und parlamentarisch kontrollierten, Bundesbank bzw. EZB beziehen.

2.4.7 Stärkung föderaler Strukturen

Deutschland ist ein föderaler Bundesstaat. Föderalismus verhindert Machtkonzentrationen und ermöglicht politische Vielfalt.

dieBasis setzt sich dafür ein, dass in zentralen Politikfeldern wie Gesundheit, Infrastruktur, Soziales, Bildung, Kultur etc. lokale und regionale Gestaltungsspielräume geschaffen, gefördert und erweitert werden und so selbst verantwortliche regionale Organisationen entstehen. Alle Bestrebungen zu zentralistischen Machtkonzentrationen sollen eingestellt werden.

2.4.8 Militär

Militärische Bündnisverpflichtungen haben bis jetzt Konflikte eher eskaliert als eingedämmt. Die Kosten für militärische Infrastruktur, Waffen und Munition steigen ins Unermessliche.

Deshalb fordert die **Basis**, dass Deutschland Streitkräfte **ausschließlich für den Verteidigungsfall** vorhält. Diese beteiligen sich nicht an Operationen, Übungen oder Kampfhandlungen außerhalb der Staatsgrenzen, es sei denn sie werden durch die Vereinten Nationen beschlossen. Die Stationierung ausländischer Militäreinheiten auf deutschem Staatsgebiet wird beendet. Deutschland verzichtet zugunsten einer völkerrechtlichen Neutralität auf jede Mitgliedschaft in bi- oder multilateralen militärischen Bündnissen.

2.4.9 Deutschland in Europa

Die Stärke Europas liegt in seiner Vielfalt der Sprachen und Kulturen, der Lebens- und Wirtschaftsstile, die sich seit Jahrtausenden in intensivem Austausch befinden.

die **Basis** setzt sich für ein Europa ein, in dem sich jede Kultur frei und gleichberechtigt entfalten und national, regional und lokal über die Regeln des demokratischen Zusammenlebens entscheiden kann. Zentralistische Strukturen widersprechen der Machtbegrenzung und gefährden die Demokratie.

ENTWURF

3 Prinzipien

3.1 Freiheit

3.1.1 Persönliche Freiheit

Freiheit ist ein unverzichtbarer Bestandteil der **Menschenwürde**. Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, über seine Angelegenheiten selbst zu entscheiden. Innerhalb der **Familie** nehmen ausschließlich die Eltern dieses Recht zum Wohle ihrer Kinder bis zu deren Volljährigkeit wahr.

Ziel einer Gesellschaft, wie die **Basis** sie anstrebt, ist es, jedem Menschen optimale Möglichkeiten zu Potentialentfaltung, Selbstbestimmung und Persönlichkeitsentwicklung zu geben.

Die persönliche Freiheit endet, wo das Recht anderer Menschen oder der Natur beginnt, sie gilt nur eingeschränkt im materiellen und nicht im wirtschaftlichen Bereich, wo sie durch die Endlichkeit natürlicher und materieller Ressourcen begrenzt wird.

3.1.2 Institutionelle Freiheit

Das Prinzip der Freiheit, Eigenständigkeit und Selbstverwaltung gilt auch für alle nicht-wirtschaftlichen und nicht-juristischen Institutionen. Nur so können sie ihre Aufgaben sachgerecht und in eigener Verantwortung erfüllen und das Potential der in ihnen arbeitenden Menschen sich voll entfalten lassen.

Kindergärten, Schulen, Universitäten, Forschungseinrichtungen und wissenschaftliche Institutionen, Kunst und Kultur, Medien, Medizin und Gesundheitswesen, Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie der öffentliche Sport müssen nach dem Prinzip der Freiheit, Eigenständigkeit und Selbstverwaltung organisiert werden. Nur wenn sie **frei von wirtschaftlichen Vorgaben**, Zielen, Einschränkungen und Zwängen in einem gesicherten rechtlichen Rahmen arbeiten, können sie ihr Potential und das der in ihnen tätigen Mitarbeiter voll entfalten und der Gesellschaft, die sie finanziert, den bestmöglichen Nutzen bringen. Die gesellschaftliche Finanzierung dieser Institutionen muss deshalb so gestaltet sein, dass alle Menschen Zugangsmöglichkeiten zu ihnen haben.

Die Corona-Krise hat deutlich gezeigt, wie verheerend eine Verletzung des Prinzips der Freiheit und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Wissenschaft, Medizin, Forschung und Medien für eine Gesellschaft ist.

die **Basis** setzt sich dafür ein, dass in den genannten Institutionen Organisationsformen und Inhalte von den jeweils Beteiligten und Betroffenen in demokratischen Verfahren selbst bestimmt werden.

3.1.3 Ideologiefreiheit

Ideologien sind Instrumente zur Beeinflussung der persönlichen Freiheit und Selbstbestimmung.

die **Basis** setzt sich für **ideologiefreie Kommunikation** ein. Deshalb und aus Achtsamkeit gegenüber der deutschen Sprache sowie zugunsten besserer Lesbarkeit verwendet sie die in der Kommunikation das generische Maskulinum bei Personenbezeichnungen. Es ist natürlich geschlechtsneutral zu verstehen.

3.2 Gleichheit

3.2.1 Chancengleichheit

In einer Gesellschaft, wie die **Basis** sie anstrebt, hat jedes Kind und jeder Jugendliche das Recht auf eine seinen Fähigkeiten, Möglichkeiten und Zielen entsprechenden, bestmöglichen und möglichst umfassenden Bildung und Ausbildung.

Jeder Mensch hat das Recht, ohne Angst vor finanzieller Not leben zu können, auf die bedingungslose Deckung seiner Grundbedürfnisse und auf soziale Teilhabe. die **Basis** fordert deshalb eine

bedingungslose finanzielle Absicherung jedes Menschen als Voraussetzung für Freiheit und Potentialentfaltung.

3.2.2 Politische Gleichberechtigung

Jeder Mensch muss das Recht und die Möglichkeit haben, sich jederzeit an der politischen Willensbildung zu beteiligen.

die **Basis** will die repräsentative Parteiendemokratie weiter entwickeln und durch organisierte gesellschaftliche Diskussionen und direkt-demokratische Abstimmungen über wichtige Entscheidungen ergänzen, die nicht von finanziellen Interessen beeinflusst und durch den Einsatz finanzieller Ressourcen verzerrt werden dürfen.

3.2.3 Gleichheit vor dem Recht

Eine Justiz, die unabhängig vom Ansehen der Person und seinem wirtschaftlichen Einfluss entscheidet, ist die Grundlage einer gerechten Gesellschaft.

die **Basis** will jedem Menschen die Sicherheit geben, unabhängig von finanziellem und gesellschaftlichem Status Recht zu bekommen. Erzieherische Maßnahmen sollen einen wirksamen Täter-Opfer-Ausgleich ermöglichen, der Fokus soll auf die Wiedergutmachung entstandener Schäden gelegt werden, Geldstrafen sind immer an den finanziellen Möglichkeiten zu bemessen.

3.2.4 Recht auf Ressourcenverbrauch

In einer endlichen materiellen Welt sind die natürlichen Ressourcen beschränkt. Das bisherige Wachstum materieller Güter hat schon lange die Grenzen der Nachhaltigkeit überschritten.

die **Basis** strebt eine Gesellschaft an, die ohne materielles Wachstum auskommt, die Umwelt erhält und das Recht der Natur auf nachhaltige Existenz anerkennt.

3.3 Solidarität

3.3.1 Individuelle Solidarität

Jeder Mensch hat das Recht und die Pflicht, materielle Solidarität zu erfahren und zu zeigen. die **Basis** will diese Solidarität organisieren durch ein Steuersystem, das Erwerbsarbeit und verantwortungsvolles Unternehmertum wieder attraktiv macht, aber leistungslose Einkommen, ererbte Vermögen und der Verbrauch natürlicher Ressourcen höher besteuert.

die **Basis** ist überzeugt, dass eine sichere materielle Lebensgrundlage Kreativität, Initiativekraft und Gesundheit der Menschen fördert, den gesellschaftlichen Frieden sichert und für die Entwicklung der Gesamtgesellschaft von entscheidender Bedeutung ist.

3.3.2 Solidarität in der Wirtschaft

die **Basis** strebt ein solidarisches, zukunfts- und **gemeinwohlorientiertes Wirtschaftssystem** an, das Unternehmen fördert, die sich am Nutzen für die Gesellschaft, der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und dem bestmöglichen Schutz der Umwelt orientieren. die **Basis** fordert ein neues Belohnungs- und Anerkennungssystem für Unternehmer, das sich durch den für die Gesellschaft erzielten Nutzen definiert.

Unternehmen sollen sich selbst organisieren, unter Beachtung des Gemeinwohlprinzips, der Nachhaltigkeitskriterien und des Natur- und Umweltschutzes Normen und Standards festlegen und auf dieser Grundlage und unter Einbeziehung unabhängiger Verbraucherschutzorganisationen faire und transparente Preise bilden, die ihnen ein gemeinwohlorientiertes Wirtschaften ermöglichen.

die **Basis** will das Unternehmenssteuersystem reformieren und vereinfachen, indem die zu zahlenden Unternehmenssteuern von der Gemeinwohlorientierung, der Infrastrukturnutzung und dem Verbrauch natürlicher Ressourcen abhängig gemacht werden. Gemeinwohlschädliches Handeln wird

durch steuerliche Gewinnabschöpfung unattraktiv, auch für internationale Konzerne, Steuerschlupflöcher werden geschlossen, substanzlose Finanzgeschäfte lohnen sich nicht mehr, die Umstellung der Energiewirtschaft auf nachhaltige und ökologische Energieerzeugung und die Energieeinsparung werden gefördert.

dieBasis fordert die Anerkennung und Förderung neuer Unternehmensstrukturen, die auf Verantwortungseigentum oder selbstorganisiertem kollektivem Eigentum aller Mitarbeiter beruhen.

Das jetzige auf Zins- und Schuldgeld basierende Finanzsystem erfordert zwingend ein kontinuierliches Wachstum, das in einer endlichen Welt immer wieder zu Zusammenbrüchen führt und die Vermögenskonzentration fördert. dieBasis will ein Vollgeldsystem einführen, bei dem das Recht auf Geldschöpfung ausschließlich bei der Bundesbank liegt. Auf europäischer Ebene setzt sich dieBasis für eine Aussetzung des Euro ein bis zur Angleichung der infrastrukturellen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den jeweiligen Ländern.

dieBasis will die Wirtschaftsleistung nicht nur nach den Kriterien des Bruttosozialproduktes, sondern auch und vor allem nach dem Kriterium des Bruttogemeinwohls bemessen und berechnen.

dieBasis ist überzeugt, dass diese Neuorientierung die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärkt und die Technologieentwicklung fördert, wenn Technologien nicht zur Gewinnmaximierung, sondern zur Maximierung des Nutzens für Gesellschaft und Umwelt entwickelt und erst nach einer umfassenden, unabhängigen und alle Bereiche einbeziehenden Gesundheits- und Technikfolgenabschätzung eingeführt werden.

3.3.3 Staatliches und kommunales Wirtschaften

Bund, Länder und Kommunen sollen Wirtschaftsbetriebe unterhalten, deren Zweck die Umsetzung gemeinnütziger gesellschaftlicher Aufgaben ist, unter anderem der Aufbau und der Erhalt der öffentlichen Infrastruktur (Straßen und Schienen, Wasser- und Energieversorgung, Abfallwirtschaft, Telekommunikationsnetze etc.), der Bau und die Unterhaltung öffentlicher Gebäude, die Durchführung von Maßnahmen des Natur- und Umweltschutzes etc. Diese Aufgaben dürfen nicht privatwirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden.

3.4 Umwelt und Nachhaltigkeit

Die Endlichkeit unserer materiellen und natürlichen Ressourcen ist deutlich, der nachhaltige Umgang mit ihnen für das Fortbestehen der zivilisierten Menschheit unabdingbar.

dieBasis will die Rechte der Natur, der Umwelt und das Prinzip der Nachhaltigkeit als unabhängige Grundrechte in der Praxis umsetzen, sie müssen vom Rechtsstaat genauso sichergestellt werden wie die individuellen Grundrechte jedes einzelnen Menschen. Dazu gehören auch die Rechte der Ökosysteme und Pflanzengemeinschaften auf ihren Lebensraum und die individuellen Rechte der Tiere auf ein tiergerechtes Leben.

Dabei lehnt dieBasis ideologische Ansätze wie die Fokussierung auf CO₂ als alleinigen „Klimasünder“ sowie eine ideologisch geprägte „Klimapolitik“ ab, die oft schwere Schäden in der Natur hervorruft.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit muss Grundlage jedes wirtschaftlichen Handelns sein. Es fördert Produkte und Dienstleistungen mit geringem Ressourcenverbrauch und die Wiederverwendung.

Dies gilt nicht nur, aber auch vor allem für den Bergbau und die Land- und Forstwirtschaft. Methoden und Mittel, die zur Schädigung von Natur und Umwelt führen, dürfen nicht mehr eingesetzt werden, die mehr als unumgänglich notwendige Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und die Beeinträchtigung der Natur und Umwelt muss durch Ausgleichsmaßnahmen kompensiert werden.

3.5 Globale Politik

Auch in der globalen Gemeinschaft der Nationen, Staaten und Kulturen gelten die Prinzipien der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität.

Jeder Staat und jede Kultur soll in Freiheit und Selbstbestimmung über die eigenen Angelegenheiten entscheiden können. dieBasis spricht sich gegen Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und Kulturen aus.

In internationalen Beziehungen muss das Prinzip der rechtlichen Gleichheit aller Staaten und Kulturen gelten. Kein Staat und keine Kultur soll militärische oder wirtschaftliche Macht einsetzen, um andere Staaten oder Kulturen zu dominieren oder beeinflussen. dieBasis setzt sich für ausschließlich friedliche Konfliktlösungen zwischen Nationen, Staaten und Kulturen ein.

Staaten und Kulturen brauchen Solidarität in wirtschaftlichen Beziehungen unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung. dieBasis setzt sich für eine auf den Prinzipien von Kooperation, gegenseitigem Vertrauen, gegenseitiger Hilfe und ökologischer Nachhaltigkeit aufgebaute wirtschaftliche Zusammenarbeit ein, die die Voraussetzung für eine friedliche, respektvolle und gleichberechtigte Koexistenz aller Staaten, Kulturen und Menschen ist. Alle Menschen sollen am globalen Wohlstand teilhaben können.

Die gemeinsame Verantwortung für die globale Umwelt, die Natur und die Gesundheit des Planeten muss als gemeinsame Aufgabe nicht nur erkannt und diskutiert werden. Es müssen auch global Mittel zum Schutz und zur Erhaltung der Natur und der Artenvielfalt bereitgestellt und natur- und artenzerstörende Unternehmen zur Rechenschaft und zum Schadensausgleich herangezogen werden.

Entwurf